

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 10.11.2015 um 17:02 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:02

Ende:
19:22

Vorsitz

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Harald Giebels
Stv. Gerd Holberg
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Vertretung für Stv. Udo Greeff

SPD-Fraktion

Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Walter Drennhaus

WLH-Fraktion

Stv. Peter Schniewind
Stv. Annegret Wahlers

Vertretung für Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für Stv. Petra Lerch

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

bis TOP 12

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StVR Gerhard Titzer
StORR Michael Rennert
Frau Doris Abel
VA Wolfgang Voos
StOAR Rainer Skroblied
Herr Ulf Dalkmann
GSB Marion Plähn

örtliche Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier
Frau Susanne Hahner

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gäste

Stv. Vincent Endereß
AM Dr. Dieter Gräßler
Frau Gabriele Haage
Stv. Ulrich Klaus

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:02 Uhr die 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Auf Anregung des **Stv. Stracke** erheben sich die Anwesenden zu einer Gedenkminute für den heute verstorbenen Altkanzler Helmut Schmidt.

Nachdem sie die beiden Vertreter der örtlichen Rechnungsprüfung Herrn Beier und Frau Hahner begrüßt hat, regt **Bgm. Dr. Warnecke** an, die im nichtöffentlichen Teil vorgesehenen TOP 15, sowie 17-19 im öffentlichen Teil zu behandeln.

Sie schlägt vor, nach dem TOP 1 die TOP 10, 10.1, 10.2, 10.3, 10.4 und 15 zu beraten und wieder zu TOP 2 überzugehen. An den TOP 7 schließen sich dann die TOP 17-19 an, bevor wieder zur restlichen Tagesordnung ab TOP 8 übergeleitet werden kann.

Dies solle geschehen, damit zu diesen TOP anwesende Zuschauer nicht so lange warten müssten und inhaltliche Ähnlichkeiten in Reihenfolge beraten würden.

Hierzu gibt es Einvernehmen.

Öffentliche Sitzung

1./ Bürgerantrag: Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Viktor Orban Vorlage: 10/059/2015

Protokoll:

Stv. Zerhusen-Elker plädiert dafür, diesen TOP nicht zu diskutieren, sondern den Antrag einfach schweigend zurückzuweisen.

Stv. Wahlers erinnert daran, dass lt. Satzung nur verdiente Frauen und Männer mit Wohnsitz in Haan geehrt werden könnten.

Beschluss:

Der Bürgerantrag des Herrn Andre Maniera wird entsprechend der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes NRW (Anlage 2) als unzulässig zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2./ Änderung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden Vorlage: 32-2/021/2015

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan vom 06.11.1997 für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Fassung der Anlage zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.1. Bericht Haan 4/2015 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Gebühren) / für Produkte 01.04.10 Abwehrender Brandschutz und 02.04.20 Rettungsdienst und Krankentransport - Erweiterter Prüfauftrag - Abrechnung der Rettungsdienst-/Krankentransportgebühren

- Öffentliches Fazit des Prüfberichtes 04/2015

- Erweiterter Prüfauftrag an das RPA

Vorlage: II/011/2015

Protokoll:

Herr Beier erläutert das öffentliche Fazit der örtlichen Rechnungsprüfung.

Stv. Ruppert möchte seitens der FDP-Fraktion zwar die Ergebnisse des weitergehenden Prüfauftrages abwarten, doch sei festzustellen, dass der entstandene Schaden in Millionen-Höhe als erheblich zu bewerten sei. Mit Blick auf den geplanten Haushaltsausgleich in 2020 hätte man dem Bürger mit diesen Einnahmen mindestens eine Steuererhöhung ersparen können. Der Rat müsse sich zumindest den Vorwurf gefallen lassen, die Zahlenwerke der Verwaltung nicht kritischer durchgesehen zu haben. Nun gelte es, Vorkehrungen zu treffen, die ein solches Szenario künftig ausschließen.

Stv. Stracke interessiert für die SPD-Fraktion, wann es erste Hinweise auf Unregelmäßigkeiten gab und wie derartige Vorgänge künftig ausgeschlossen bzw. verhindert werden könnten. Der Rat müsse sich auf die gewissenhafte Arbeit der Verwaltung auch verlassen können und könne nicht alles nachrechnen. Den erweiterten Prüfauftrag erachte er als geeignet, Licht in dieses Dunkel zu bringen.

Auch Stv. Wetterau spricht für die CDU-Fraktion von einem gravierenden Mangel, der nach einer lückenlosen Aufklärung verlange, warne aber vor voreiligen Schlüssen. Auf der einen Seite müsse der Rat seine Verantwortung wahrnehmen, auf der anderen Seite aber auch auf die ordnungsgemäße Arbeit der Verwaltung vertrauen können.

Stv. Wahlers schließt sich für die WLH-Funktion in wesentlichen Punkten den Ausführungen ihrer Vorredner an und begrüßt die künftig öffentliche Beratung der Fazits der Prüfberichte.

Stv. Schwierzke sieht es für die AfD-Fraktion als wesentlich an, die Ursachen der Fehler aufzuspüren und geeignete Instrumente zu deren Abstellung zu installieren.

Stv. Sack und die GAL-Fraktion erwarten mit Spannung die Ergebnisse des erweiterten Prüfauftrages.

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, das Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden und Stv. Abel hierzu als äußerst fruchtbringend empfunden zu haben und erläutert in der Folge die drei großen inhaltlichen Abschnitte des erweiterten Prüfauftrages:

- Ist die aktuelle Gebührenbedarfsberechnung für den Rettungs- und Krankentransport sachgerecht?
- Seit wann war eine Kostendeckung nicht mehr gegeben, war die Auskömmlichkeit in den Jahren 2009 und 2010 gegeben, wie hoch ist die tatsächliche Schadenshöhe, seit wann hätte die fehlende Kostendeckung welcher Stelle auffallen müssen, welche Maßnahmen wurden von verantwortlichen Stellen getroffen bzw. unterlassen?
- Sind aufgrund der Bearbeitungsrückstände im Bereich der Gebührenabrechnungen mit den Krankenkassen und Dritten Forderungen bereits verjährt oder kann das ausgeschlossen werden? Welche aktuellen Rückstände liegen vor?

Stv. Schniewind fragt, in welchem Zeitfenster dieser erweiterte Prüfauftrag abgearbeitet werden solle.

Herr Beier führt aus, die Prüfung solle so bald als möglich erfolgen. Da die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses erst für den Juni 2016 vorgesehen sei, werde eine Sondersitzung dieses Gremiums zur Vorstellung der Ergebnisse dieses Prüfauftrages anberaunt. Er bitte aber angesichts dieses komplexen Prüfauftrages um ein wenig Geduld.

Beschluss:

Der HFA nimmt die Mitteilung des Prüfungsamtes des Kreises Mettmann vom 26.10.2015 zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, einen erweiterten Prüfauftrag an die örtliche Rechnungsprüfung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**2.2. Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt
/ Haan
Vorlage: 32-2/022/2015**

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke unterstreicht ihr Ziel, die Satzung frühestmöglich in Kraft treten zu lassen.

Stv. Wahlers erklärt die Zustimmung der WLH-Fraktion, um ab dem 01.12.2015 höhere Gebühren einnehmen zu können.

Stv. Giebels betont die grundsätzliche Zustimmung der CDU-Fraktion, moniert aber die nicht erfolgte zeitnahe Information des Rates über die Einigung mit der Krankenkasse. Dies habe zur Folge, dass die Stadt für weitere zwei Monate (September und Oktober) auf höhere Gebühren verzichten müsse.

Stv. Stracke fragt für die SPD-Fraktion, wie die Verwaltung sicherstelle, dass die Gebührensatzung HFA und Rat regelmäßig vorgelegt würde und regt an, den Beschlussvorschlag entsprechend zu erweitern.

Stv. Holberg verweist auf eine bereits existierende Unterlage, welche die jährlichen Festsetzungen der Gebühren aller Satzungen auf dem Gebiet der Stadt Haan aufliste.

1.Bgo. Formella sieht die Option, diese dem Vorbericht des Haushaltsplanentwurfes beizufügen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt Haan in der Fassung der Anlage 1 zu beschließen. Der Verwaltung wird aufgetragen, dem Rat einen jährlichen Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**2.3. Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 im Produkt 040400 (Kultur) im
/ Stellenplan 2016
Vorlage: 10/061/2015**

Protokoll:

Stv. Wetterau erklärt für die CDU-Fraktion, die desolate Personallage im Bereich Kultur erfordere diesen Stellenanteil.

Stv. Sack mit der GAL-Fraktion ist der Ansicht, es sei besser, die Organisationsstrukturen in diesem Bereich zu optimieren.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 im Produkt 040400 (Kultur) für den Stellenplan 2016 ohne zusätzlichen Stellenmehrbedarf zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**2.4. Stellenplan 2015 - Stellenanhebung / Befristung - Leitung Notunterkunft
/ Adlerstraße
Vorlage: II/010/2015**

Protokoll:

Stv. Sack gibt für die GAL-Fraktion zu bedenken, dass aufgrund des engen Stellenmarktes in diesem Bereich die Ausschreibung einer unbefristeten Stelle die bessere Alternative sei. Für potenzielle Bewerber sei eine solche Stelle schlichtweg nicht attraktiv.

Stv. Stracke streicht den Vorteil einer befristeten Ausschreibung heraus. In den 5 Jahren bestünde genug Zeit, um herauszufinden, ob eine Weiterbeschäftigung sinnvoll und erforderlich sei.

Es besteht Einvernehmen, in die Ausschreibung die Perspektive einer Entfristung aufzunehmen.

Beschluss:

Es wird die Anhebung einer Vollzeitstelle bei Produkt 100400 – Städt. Unterkünfte / Übergangsheime – von Entgeltgruppe 6 nach Entgeltgruppe 8 beschlossen. Die mo-

natlichen Mehrkosten ab Dezember 2015 von rd. 273 EUR sind bei Produkt 100400 – Städt. Unterkünfte / Übergangsheime bereit zu stellen. Es ist in den Stellenplan für diese Planstelle eine Befristungsdauer von 5 Jahren aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3./ Auszahlung von Überstunden für die Beschäftigten der Feuer- und Rettungswache Haan
Vorlage: 10/051/2015**

Protokoll:

Stv. Ruppert erklärt sein Bauchgrimmen zu diesem Beschluss damit, dass 230 Überstunden allein deshalb angefallen seien, weil gleich 9 Feuerwehr-Mitarbeiter zur gleichen Zeit auf einer Feuerwehrmesse weilten.

Stv. Wetterau und die CDU-Fraktion sind der Auffassung, die Feuerwehrleute müssten für ihre erbrachten Leistungen hinreichend entlohnt werden.

Mit Blick auf die Zukunft und den zu erwartenden Personalzuwachs bei der Feuerwehr Haan fragt **Stv. Schniewind**, ob dann nicht die Möglichkeit bestünde, Überstunden per Freizeitausgleich abzugelten.

Herr Dalkmann erklärt, das neue Personal werde derzeit eingearbeitet und dann sei auch ein Freizeitausgleich möglich.

StORR Rennert kündigt eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur kommenden Sitzung des BVFOA an.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Auszahlung von Überstunden für die Beschäftigten der Feuer- und Rettungswache Haan für den Zeitraum 01.05.2015 bis 31.12.2015 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**4./ Aufhebung des Beschlusses des HFA vom 11.10.2011 (Vorlage 14/013/2011 - Prüfung Gesamtabchluss)
Vorlage: 20/016/2015**

Beschluss:

Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.10.2011 zur Vergabe der Prüfung des Gesamtabchlusses 2010 (Vorlage 14/013/2011) wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**5./ Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stadt Haan und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 20/015/2015**

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, die Entlastung des Bürgermeisters vom vorliegenden Beschlussentwurf abtrennen zu wollen, weil das Ergebnis des erweiterten Prüfauftrages noch ausstehe.

Die Erkundigung des Stv. Wetterau nach der Rechtmäßigkeit dieser Vorgehensweise wird von Herrn Beier bestätigt.

Stv. Stracke bittet einen evtl. Entlastungsbeschluss an den RPA zurückzugeben.

Frau Hahner streicht heraus, die Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat könne auch später erfolgen.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2013 der Stadt Haan wird gem. §§ 96 und 101 GO NRW festgestellt.

Der im Haushaltsjahr 2013 entstandene Jahresfehlbetrag von 1.114.902,74 Euro wird gemäß der Vorgabe des § 75 Abs. 2 GO NRW durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan Vorlage: 61/083/2015

Protokoll:

Bgo. Alparslan erläutert den aktuellen Sachstand. Der SUVA habe die Ziffer 4 des Beschlussvorschlages zur weiteren Beratung in den HFA geschoben. Zur heutigen Sitzung habe die Verwaltung mit der Vorlage 61/083/2015/2 eine weitere Ergänzung zugestellt, die investive und konsumtive Kosten aufsplitte. Um die finanzielle Förderung zu erhalten, müsse der Rat diesen Beschluss fassen.

Stv. Holberg betont, Verwaltung, Bürger und Politik hätten lange an diesen Plänen gearbeitet. Nun sei ein möglichst schneller Fortschritt zum Wohle der Innenstadt gewünscht. Die Finanzierung müsse aber gewährleistet sein. Er fragt, ob die Finanzierung eine schnelle Umsetzung der Pläne erlaube.

1.Bgo. Formella legt dar, die Verwaltung versuche, eine entsprechende Finanzierung sicherzustellen. Dies geschehe über den Haushaltsplan 2016. Sie betont, die Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2016 seien erheblichen Belastungen durch die Flüchtlingsproblematik ausgesetzt, die von der nicht auskömmlichen Refinanzierung durch Bund und Länder herrührten.

Stv. Stracke führt an, bei den Haushaltsplanberatungen müsse sehr dezidiert über Prioritäten geredet werden.

Bgo. Alparslan verdeutlicht erneut, dass die schriftliche Erklärung der Kämmerin, dass die Finanzierbarkeit für dieses Projekt gegeben sei, erforderlich für den Antrag an den Fördergeber sei. Basis hierfür sei der Haushaltsplan 2016.

Stv. Ruppert wirft ein, das vorliegende Konzept biete lediglich die Möglichkeit zur Besserung der Situation der Innenstadt. Es gebe aber keine Garantie, wenn dieses Konzept nicht auch von allen Beteiligten gelebt würde.

Stv. Schniewind möchte seitens der WLH-Fraktion die Beschlussziffer 1 um den Zusatz

„Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des VEP II werden bei der Umsetzung berücksichtigt“

ergänzen.

Die anderen Fraktionen äußern hierzu fraktionsinternen Beratungsbedarf.

Zu einer möglichen Stellungnahme zur kommenden Sitzung des Rates befragt, erläutert **Bgo. Alparslan**, diese sei nicht möglich, weil die Ergebnisse zum VEP II noch gar nicht vorlägen.

Stv. Stracke schlägt daraufhin, die Formulierung „...werden nach Möglichkeit berücksichtigt“ vor.

Beschluss:

Aufgrund noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an den Rat verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Betreuungsmanagement für Wohnungslose und Flüchtlinge - Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann e.V.
Vorlage: 51/082/2015**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, das Betreuungsmanagement mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V., Johannes-Flintrop-Str. 19, 40822 Mettmann, im Rahmen der Wohnungslosenhilfe / Flüchtlingsbetreuung wird in den Jahren 2016 und 2017 fortzusetzen.

Auf Antrag des Caritasverbandes vom 15.10.2015 wird ab 01.01.2016 dem erhöhten Personaleinsatz (+ rd. 2,3 Vollzeitstellen, dann insgesamt rd. 4,6 Vollzeitstellen) für das Betreuungsmanagement Wohnungslosenhilfe / die Flüchtlingshilfe zugestimmt und ein Zuschuss von insgesamt 311.761 EUR/jährlich (Personalaufwand und Sachmittelpauschale) gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushaltplan 2016 Mittel in Höhe von 311.761 für die Jahre 2016 – 2019 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8./ Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen des Haushaltsicherungskonzeptes für die Stelle 51/51 Fachberatung Tagespflege
Vorlage: 10/054/2015**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, der sofortigen Wiederbesetzung der Stelle 51/51 (Stellenanteil 0,5) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen Haushaltsicherungskonzeptes zuzustimmen, falls diese intern nicht nachbesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**9./ Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen des Haushaltsicherungskonzeptes für die Stelle 63/12
Vorlage: 10/053/2015**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, der sofortigen Wiederbesetzung der Stelle 63/12 als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen Haushaltsicherungskonzeptes zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**10./ Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes
- hier: Wiederbesetzung der Stelle 66/14 ab 01.03.2016 (Tiefbauingenieur)
Vorlage: 10/056/2015**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, der Wiederbesetzung der Stelle 66/14 (Tiefbauingenieur) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen Haushaltsicherungskonzeptes zum 01.07.2016 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 11./ Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes**
- hier: Wiederbesetzung der Stelle 66/31 ab 01.01.2016 (Unterhaltung Abwasseranlagen)
Vorlage: 10/057/2015
-

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, der Wiederbesetzung der Stelle 66/31 (Unterhaltung Abwasseranlagen) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes zum 01.01.2016 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 12./ Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes**
- hier: Wiederbesetzung der Stelle 70/10 ab 01.01.2016 (Amtsleiter Betriebshof)
Vorlage: 10/058/2015
-

Protokoll:

Stv. Wählers erinnert an die Vorgaben des UA OPC, dass die Dezernatsleitung die Organisationsstruktur überprüfen und die Tätigkeiten des Betriebshofleiters einer Aufgabenkritik unterziehen sollte.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, der Wiederbesetzung der Stelle 70/10 (Leiter Betriebshof) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp im Rahmen Haushaltssicherungskonzeptes zum 01.07.2016 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**13./ Gestaltungsbeirat der Stadt Haan
hier: Beschluss über die Geschäftsordnung
Vorlage: 61/082/2015**

Protokoll:

Stv. Giebels regt für die CDU-Fraktion eine räumliche Öffnungsklausel für den Gestaltungsbeirat vorzusehen. Als Beispiel nennt er markante Bereiche wie die Ortseingänge Haans.

Bgo. Alparslan kündigt eine Eingabe zur Sitzung des kommenden Rates an.

Stv. Sack betont für die GAL-Fraktion, man finde die Besetzung mit drei Fraktionen unglücklich. Entweder alle Fraktionen seien vertreten oder nur der SUVA-Vorsitzende und im Vertretungsfalle seine Stellvertreter.

Stv. Giebels führt aus, der SUVA-Vorsitzende sollte die bisherige Haltung des Ausschusses in baurechtlichen Fragen einbringen. Es bringe nichts, das Gremium unnötig aufzublähen.

Beschluss:

Aufgrund noch bestehenden Klärungsbedarfes verzichtet der Haupt- und Finanzausschuss auf eine Empfehlung an den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**14./ Errichtung zusätzlicher Parkplätze im Ortseingangsbereich Gruiten-Dorf
Vorlage: 61/081/2015**

Protokoll:

Stv. Sack regt seitens der GAL-Fraktion an, um den Charakter als Besucher-Parkplätze herauszustreichen, sollte eine zeitliche Befristung der erlaubten Parkdauer vorgesehen und die Benutzung einer Parkscheibe angeordnet werden.

Stv. Giebels und die CDU-Fraktion sehen dies kritisch für Wanderer, die innerhalb weniger Stunden oft nicht von ihren Exkursionen zurück seien. Die Parkplätze sollten zunächst errichtet und dann beobachtet werden, ob Bedarf für eine zeitliche Begrenzung bestehe.

Stv. Zerhusen-Elker merkt an, Wanderer könnten gegenüber an Grube 7 parken. Darauf könnte ein entsprechendes Hinweisschild aufmerksam machen.

Stv. Stracke schlägt eine eingeschränkte Parkscheiben-Benutzung zwischen 19 und 9 Uhr vor.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Beschluss:

- „1. In den Haushaltsplan 2016 wird eine Haushaltsstelle „Schaffung von öffentlichen Stellplätzen in Gruiten südlich der Pastor-Vömel-Straße“ mit einem Ansatz von 12.500 € aufgenommen.
2. Der öffentliche Parkplatz in Gruiten südlich der Pastor-Vömel-Straße wird gemäß dem von der Verwaltung mit Konzept in der Anlage zu dieser Vorlage um 10 Stellplätze erweitert. Die Bauausführung geschieht durch den städtischen Bauhof.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. Frau Dr. Warnecke verweist auf den – allerdings verfristeten - Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 1) und die dazu anhängigen Fragen der WLH-Fraktion (Anlage 2).

Die Antwort zum SPD-Antrag ist der Anlage 3 zu entnehmen.

Stv. Elker möchte wissen, ob die Einheiten nach Aufstellen der Trennwände unterschiedlich groß seien.

1.Bgo. Formella legt dar, die Einheiten seien alle gleich groß vorgesehen.

Stv. Stracke möchte wissen, ob dieses Szenario auch auf die Halle Steinkulle übertragen werden könne.

1.Bgo. Formella betont, es sei Ziel der Verwaltung, ab der nächsten Woche Flüchtlingsfamilien nur noch in der Halle Bachstraße unterzubringen. Dort gebe es bereits Stellwände.

Stv. Stracke fragt, wie die Verwaltung künftig sicherstelle, dass Einladungen und Beschlussvorlagen rechtzeitig und komplett an alle Rats- und Ausschussmitglieder

zugestellt würden. Die Arbeit in den Fraktionen müsse gewährleistet sein.

Stv. Wetterau ergänzt, beim vergangenen UA OPC seien zwei Ausschussmitglieder nicht hinreichend informiert gewesen.

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, aufgrund der Erfahrungen aus dem UA OPC eine interne Klärung herbeigeführt zu haben.

Stv. Zerhusen-Elker moniert das fehlende absolute Halteverbot an der B 228 in Höhe der als Querungshilfe gedachten Aufpflasterung.

StORR Rennert erläutert, zuständig sei die Straßenverkehrsbehörde, das Ordnungsamt übernehme hier die Kontrolle für den ruhenden Verkehr. Das absolute Halteverbot vor dem Becherhus bestehe seit längerem, werde aber immer wieder ignoriert. Dagegen gehe das Ordnungsamt mit dem Schreiben von Knöllchen vor.

16./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke nimmt Bezug auf den zugestellten Ablaufplan zum Neubau des Gymnasiums. Derzeit sei unklar, wie lange die Notunterkunft des Landes gebraucht werde. Evtl. müsse die Notunterkunft zu gegebener Zeit verlegt werden, um den Baubeginn nicht zu gefährden.

1.Bgo. Formella gibt einen Überblick über die aktuelle Neubelegung. Danach hätten 150 unregistrierte Flüchtlinge Haan per Bus zur Registrierung verlassen und 69 neue, registrierte und nicht der Stadt Haan zugewiesene Flüchtlinge seien in die Notunterkunft verlegt worden, sodass aktuell von einer Gesamtzahl von 71 Flüchtlingen in der Notunterkunft die Rede sei.

StORR Rennert teilt mit, dass der Abrechnungsstand bei den Kranken- und Rettungstransporten mittlerweile der 20.5.2015 sei. Dies weise aus, dass man das tägliche Abrechnungspensum deutlich erhöht habe.